

# VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

## AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG • D-78266 BÜSINGEN • TELEFON (0 77 34) 60 61 • TELEFAX (0 77 34) 71 12  
BUCHVERSAND • D-27315 HOYA / POSTFACH 1251 • TELEFON (0 42 51) 5 61 • TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

### 1 *Sehr geehrte Damen und Herren,*

der Herbst und damit der Winter naht und ob und wenn ja, in welchen Mengen, noch russisches Erdgas nach Europa fließen wird, steht in den Sternen. Glücklicherweise gibt es in Deutschland große Erdgasspeicher, in denen der Bedarf für einige Wochen eingelagert werden kann. Es war und ist deshalb eine richtige Entscheidung gewesen, diese Speicher über den Sommer so schnell es geht zu füllen, auch wenn dafür Gas zu immer neuen Spitzenpreisen gekauft werden mußte und muß.

Doch Engpässe drohen nicht nur beim Gas, sondern auch – und das vielleicht noch viel extremer – beim Strom. Geht es nach dem noch aktuellen Atomausstiegs-Beschluß der Bundesregierung, werden am 31. Dezember die letzten drei deutschen Kernkraftwerke für immer vom Netz gehen. Es sind, darin ist sich die Fachwelt weitgehend einig, gut gewartete und nach internationalen Maßstäben überaus sichere Anlagen, die manchen internationalen Vergleich (auch innerhalb Westeuropas) mit Leichtigkeit für sich entscheiden könnten. Und das gilt im Übrigen auch für die drei Kernkraftwerke, die bereits zum 31.12.2021 heruntergefahren wurden und bei denen mit dem Abbau noch nicht begonnen wurde. Die von diesen Kraftwerken bisher erzeugten Strommengen müssen bei Bedarf nun in erster Linie mit Kohle- und vor allem Gaskraftwerken erzeugt werden. Insbesondere Letztere arbeiten wegen der aktuell hohen Gaspreise mit immensen Kosten, was – wenn man es nur auf den Punkt bringt – der Hauptgrund für die deutlichen Preissteigerungen auch beim Strom ist.

Statt nun schnell zumindest über einen Weiterbetrieb der drei verbliebenen Kernkraftwerke über den 31.12.2022 hinaus positiv zu entscheiden, drückte sich der in dieser Frage zunächst zuständige Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) um die für viele Experten auf der Hand liegende Antwort (Laufzeitverlängerung) herum. Stattdessen wurde eine Expertenkommission gebeten, in einem viele Wochen währenden „Stresstest“ über die Notwendigkeit und Zulässigkeit eines Weiterbetriebs zu entscheiden. Manch kritischem Beobachter drängte sich dabei der durchaus böse Eindruck auf, daß Habeck gar nicht an einer schnellen Entscheidung interessiert sein dürfte. Im Falle eines tatsächlichen Weiterbetriebs hätte er schließlich die – zumindest aus der Perspektive der grünen Ideologen betrachtet – schwere Aufgabe auf sich genommen, dies Teilen der grünen Parteibasis zu erklären. Stattdessen sprach er sich schließlich für einen „Bereitschaftsbetrieb“ von zwei Kernkraftwerken auch über den 31.12.2022 hinaus aus. Wie dies gehen soll, dürfte ein Geheimnis des Ministers bleiben. Denn es ist schließlich allgemein bekannt, daß ein Kernkraftwerk nicht innerhalb kurzer Zeit hochgefahren werden kann. Hierfür ist eine runde Woche zu veranschlagen. Es muß also eine Woche vorher bekannt sein, daß eine Strommangellage droht. Es bleibt also dabei: Habeck hat die grüne Wählerseele wieder einmal geschont und ein großer Teil der deutschen Politik (nicht nur bei den Grünen!) blickt auf die für diesen Winter drohende Stromknappheit wie das sprichwörtliche Kaninchen auf die Schlange.

Und eine Strommangellage könnte in den nächsten Jahren zur „neuen Normalität“ werden, weil der Stromverbrauch noch deutlich zunehmen wird. Die Akkus von E-Autos und E-Lastwagen, Anlagen zur Wasserstoffherzeugung, Batteriefabriken und immer mehr Wärmepumpen für die Gebäudeheizung werden allen gleichzeitigen Einsparbemühungen zum Trotz den Gesamtstromverbrauch des Jahres 2018 (595 Terra-Wattstunden) schon bald auf annähernd 660 Terra-Wattstunden steigen lassen. Es ist ein Mehrbedarf, dessen sichere Bereitstellung noch in keiner Weise gewährleistet ist.

Die vorstehend erwähnte Strombedarfs-Prognose wurde im Übrigen im Auftrag des damaligen Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erstellt. Es ist deshalb davon auszugehen, daß sie im Berliner Politikbetrieb durchaus zur Kenntnis genommen wurde. Dies gestand der heutige Bundeskanzler und damalige Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) im Übrigen bereits im Juli 2021 indirekt ein, als er sagte: „Wer behauptet, daß der Stromverbrauch bis 2030 gleichbleibt, belügt sich selbst und das Land.“

Unabhängig von der – damals noch nicht absehbaren – „Ukraine-Frage“ hätte die damalige Große Koalition (der auch Scholz angehörte) sofort reagieren müssen. Doch man verharrte lieber im kollektiven Nichtstun – so, wie Habeck jetzt in der Laufzeit-Verlängerungsfrage über Wochen hinweg wertvolle Zeit verstreichen ließ. Es gibt in Deutschland den Straftatbestand der Insolvenzverschleppung mit Geld- oder Haftstrafen. Wer den Energienotstand verschleppt, geht bisher allerdings noch straffrei aus . . . (tb)

### 2 *Taiwans Chips . . .*

Geht es um Chips für die Elektroindustrie, sind taiwanische Hersteller fast unverzichtbar geworden. In Taiwan, heißt es immer wieder, würden die weltweit besten Halbleiter der Welt produziert, die in manchen Geräten durch nichts anderes ersetzt werden könnten. Die Firma TSMC ist dabei der weltweit größte Auftragsfertiger und seine Chips finden sich z.B. in den Produkten von Apple, Tesla, AMD oder dem Grafikprozessorenentwickler Nvidia. TSMC fertigt mehr als die Hälfte der weltweit produzierten Chips, erst danach folgt Samsung aus Südkorea.

Während man in der Vergangenheit vielfach davon ausging, daß China Taiwan allein schon deshalb nicht angreifen würde, weil dann die Gefahr einer Zerstörung der auch für chinesische Abnehmer wichtigen Produktionseinrichtungen droht, denkt man inzwischen eher, China könnte Taiwan angreifen, um in den Genuß des wertvollen Produktions-Know-hows zu kommen. (tb)

### 3 USA und Kanada „verweigern“ Gaslieferungen

Unmittelbar nach Ausbruch des Ukraine-Krieges zeigten sich US-Präsident Joe Biden und Kanadas Ministerpräsident Justin Trudeau gleichermaßen bereit, die Öl- und Gasproduktion ihrer Länder auszuweiten, um ihre europäischen Verbündeten zu unterstützen. Vor allem Biden tönte, daß die USA ihre Flüssiggasproduktion deutlich hochfahren würden, um Europa von russischen Gaslieferungen weitgehend unabhängig zu machen. Und auch Trudeau wollte prüfen lassen, „wie wir mehr Öl und Gas nach Europa liefern können“. Doch die dazu auf Ministerebene geführten Hinterzimmer-Gespräche (wo Deutschland u.a. von Mitarbeitern des grünen Wirtschaftsministers Robert Habeck vertreten wurde), müssen längst als gescheitert betrachtet werden.

So machte sich vor wenigen Wochen der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mit Habeck als Begleiter selbst auf den Weg nach Nordamerika, um vor allem Kanada um Gaslieferungen zu bitten. Doch er biss auf Granit. Trudeau sagte jetzt, daß es noch niemals einen überzeugenden wirtschaftlichen Grund für massenhafte Flüssiggas-Lieferungen von Kanada nach Westeuropa gegeben habe. Wenn überhaupt, dann wolle man lieber Wasserstoff herstellen und diesen auch nach Deutschland liefern. Doch Westeuropa, an dessen Energiemix Erdgas zu rund einem Viertel beteiligt ist und Wasserstoff nur zu 2 %, wäre damit kurz- bis mittelfristig so gut wie nicht geholfen.

Tatsächlich könnten sowohl Kanada als auch die USA bis zu viermal mehr Erdgas fördern und verflüssigen, als dies derzeit geschieht. Sofern entsprechende Transport- und Hafenskapazitäten gegeben wären (woran allerdings gezweifelt werden muß), könnte es deshalb zu deutlich größeren Liefermengen als bisher kommen. Trudeau ließ gegenüber Scholz aber keinen Zweifel daran, daß man in Nordamerika daran kaum interessiert ist. Daran ändert offenbar auch der hohe Preisunterschied zwischen Europa und Nordamerika nichts, der den amerikanischen Verkäufern stattliche Zusatzgewinne beschern könnte. Es muß mithin andere Gründe geben, weshalb man u.a. Deutschland derzeit im energiepolitischen Regen stehen läßt . . . (tb)

### 4 China droht mit „Satelliten-Zerstörung“

Chinesische Militärexperten forderten kürzlich die „Eliminierung“ der von einem Elon Musk-Unternehmen im Orbit platzierten „Starlink“-Satelliten. Grund für diese außergewöhnliche Drohung eines Staates gegen ein privates ausländisches Unternehmen sind laut Pekinger Quellen zwei Vorkommnisse im vergangenen Jahr. Beide Male hätten sich damals „Starlink“-Satelliten auf Kollisionskurs mit einem Modul der chinesischen Tiangong-Raumstation befunden. Die Situation habe nur mit Hilfe einer Kurskorrektur der Raumstation entschärft werden können. Bei „Starlink“ und auch seitens offizieller US-amerikanischer Stellen widerspricht man dieser Darstellung allerdings vehement. Nach den dort vorliegenden Daten sei es in 2021 zu keinem derartigen Vorkommnis gekommen. Und bei einer „signifikanten Kollisionswahrscheinlichkeit“ hätten die USA China rechtzeitig benachrichtigt.

In seiner letzten Ausbaustufe sollen für „Starlink“ rund 12 000 Kommunikationssatelliten in erdnahen Umlaufbahnen unseren Planeten umkreisen und schnelles Internet auf dem gesamten Erdball frei verfügbar machen. Daß dieser Plan grundsätzlich aufgehen könnte, zeigte sich bereits in den ersten Wochen des aktuellen Ukrainekrieges, als die Umlaufbahn einiger „Starlink“-Satelliten im Sinne einer Optimierung der Internet-Versorgung des ukrainischen Territoriums geändert wurde. Diversen Störversuchen von russischer Seite zum Trotz gelang das Vorhaben.

In China schlugen nun hochrangige Militärwissenschaftler vor, einige „Starlink“-Satelliten mit einer „Kombination aus Soft- und Hard-Kill-Methoden“ außer Gefecht zu setzen, um so das Gesamtsystem massiv zu stören. Soft-Kill-Methoden zielen auf Software und Betriebssysteme ab, während beim Hard-Kill die Satelliten physisch ge- oder gar zerstört werden. Über die dafür erforderliche Technik, daran ließ man in Peking keinen Zweifel, verfüge man bereits. Es handelt sich dabei nach verbreiteter Expertenauffassung im Übrigen teilweise um Technikkomponenten, die zunächst in Elon Musks „SpaceX“-Rakete eingesetzt und dort von chinesischen Spionen kopiert wurde.

Die Weltraum-Auseinandersetzung zwischen China und den USA ist längst in vollem Gang, wenngleich dies seitens der USA noch heruntergespielt wird. Tatsächlich führt China – und in geringerem Umfang auch Russland – täglich Angriffe auf US-Satelliten durch. Sie erfolgen mit Lasern, Störsendern oder auch Cyber-Attacken. Bisher waren diese Angriffe zwar noch in jedem Fall „umkehrbar“, das heißt, die angegriffenen Satelliten wurden nicht unbrauchbar gemacht. Doch sie zeigen die Absichten Pekings (und teilweise auch Moskaus) in beängstigend-beeindruckender Weise. Schließlich ist es Chinas ausdrückliches Ziel, bis zum Jahr 2045 die führende Weltraummacht der Erde zu werden. (tb)

### 5 Warum kommen die polnischen „Reparationsforderungen“ gerade jetzt?

Daß die polnische Führung einen 1500 Seiten starken Bericht über angeblich mögliche Reparationsforderungen an Deutschland ausgerechnet am 83. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges veröffentlichte, hat mehr als nur einen symbolischen Wert. Die dies initiiierende PiS-Partei unter Jaroslaw Kaczynski blickt schließlich schon jetzt mit Sorge auf die für den Herbst 2023 terminierten Parlamentswahlen, weil innerparteiliche Richtungskämpfe und eine bis auf 16 % hochgeschnellte Inflationsrate die gegenwärtigen Umfragewerte für die PiS deutlich zurückgehen ließen. Für den liberalen Oppositionsführer Donald Tusk ist es völlig klar, daß man seitens der PiS alles versuchen wird, um wieder in der Wählergunst zu steigen.

Daß die polnische Regierung im Jahr 1953 in aller Deutlichkeit auf weitere deutsche Reparationsleistungen verzichtet hatte, wird in dem nun vorgelegten Gutachten nicht einmal bestritten. Man behauptet im Gleichklang mit Teilen der polnischen Politik aber, daß dieser Verzicht nunmehr keine Rechtswirksamkeit mehr habe, weil er seinerzeit von der Sowjetunion erzwungen worden sei und man kommt auf eine mögliche Reparationssumme von mehr als einer Billion Euro!

Die deutsche Botschaft in Warschau ließ sofort verlauten, daß man seitens der deutschen Regierung keine Gespräche mit der polnischen Führung über neue Reparationsleistungen zu führen gedenke. Und zur geradezu „phantastischen“ Höhe der Forderung sagte man gar nichts. Man geht vielmehr davon aus, daß der 1953 von Polen ausgesprochene – und bis 2014 immer wieder bestätigte – Reparationsverzicht auch heute noch rechtliche Gültigkeit hat. (tb)

## 6 „Great Reset“ ante portas

Unseren ständigen Leserinnen und Lesern sind die grundsätzlichen Vorstellungen des Deutschen Klaus Schwab wohl bekannt, der u.a. Gründer und Mentor des jährlich in Davos tagenden Weltwirtschaftsforums (WEF) ist, wo bekanntlich auch eine Reihe der heutigen Spitzenpolitiker Deutschlands im Rahmen des „Young Global Leadership“-Programms „auf Kurs“ gebracht wurden und werden. Schwab & Co. träumen bekanntlich von einem „Great Reset“, einem kommunistisch-sozialistisch geprägten Umbau der weltweiten Wirtschaft, nach dessen Durchführung wir alle keinen persönlichen Besitz mehr haben und darüber auch noch froh sein sollen . . .

Über den „Great Reset“ wird seit Jahren immer wieder gesprochen und geschrieben. Weitgehend im Dunkeln blieb dabei stets die Antwort auf die Frage, wann mit dem Beginn des tatsächlichen Umbaus gerechnet werden müsse. Tatsächlich dürfte dieser längst angelaufen sein, wie ein Blick auf die derzeit außer Rand und Band geratenen Energiemärkte zeigt. Denn von einem der wichtigsten marktwirtschaftlichen Merkmale, dem Konkurrenzdruck, ist dort praktisch nichts mehr zu spüren. Weil bisher jeder Anbieter stets damit rechnen mußte, von einem Konkurrenten unterboten zu werden, kam es – von Ausnahmen abgesehen – kaum zu anhaltenden Preis-Höhenflügen. Dies ist jetzt scheinbar anders geworden. Es gilt nicht mehr „jeder gegen jeden“, sondern eher „alle gemeinsam gegen die Kunden“.

Zu den Hauptleidtragenden zählen dabei die mittelständische Wirtschaft und die privaten Verbraucher. Also genau jene Marktteilnehmer, die im Sinne des „Schwabschen Great Reset“ ihr Vermögen herzugeben haben. Es ist ein Prozeß, der schon jetzt nur noch unter Schwierigkeiten wieder rückgängig gemacht werden könnte. Denn die bereits durch die Corona-Jahre angeschlagenen mittelständischen Unternehmen haben vielfach kaum mehr die Kraft für eine Neuorientierung, für einen Neuanfang. Und auch die schon vor Jahren bei der Planung unserer zukünftigen Energieversorgung gemachten Fehler lassen sich nicht von heute auf Morgen korrigieren.

Hinzu kommt eine in den letzten Jahren deutlich zugenommene „Herrschaft der Spekulanten“. Vornehmseriös als „Termingeschäfte“ bezeichnet, geht es dabei stets um Wetten auf die zukünftige Preisgestaltung, auf steigende oder sinkende Preise. Dabei verfügen die sogenannten „Short-Seller“ nicht einmal über die Ware, die sie zu einem späteren Zeitpunkt zu einem schon festgelegten Preis an ihre Wettpartner zu verkaufen versprechen. Sinkt der Preis bis dahin, kann der „Short-Seller“ sie günstig einkaufen und zu einem vorab weitaus höher vereinbarten Preis abgeben. Steigt der Preis dagegen, muß er teuer einkaufen und mit Verlust verkaufen. Um die Sache auf die Spitze zu treiben werden diese Geschäfte in vielen Fällen nicht einmal mehr real abgewickelt. Man verzichtet also auf die Warenlieferung und tätigt nur die Differenzzahlung zu Lasten des einen und zu Gunsten des anderen Wettpartners.

Um diese Wetten noch ein wenig zu regulieren, hat man spezielle Börsen eingerichtet, wo das US-amerikanische Chicago derzeit führend ist. Damit am Fälligkeitstag des jeweiligen Termingeschäftes die Zahlung sichergestellt ist, müssen die verlustbedrohten Wettpartner ihren täglich neu berechneten Drohverlust in einem bei den Börsen geführten Depot hinterlegen. Allein das kann aktuell aber schon etliche Wett-Teilnehmer überfordern. So geht es derzeit z.B. dem städtischen Energieversorger „Wien Energie“, der tatsächlich Strom für seine Kunden braucht, diesen aber andererseits auch auf Termin zu heute unrealistisch niedrigen Preisen verkaufte. Gegen einen Stromeinkauf auf Termin (um auf diese Weise eine bessere, weil verlässlichere Kalkulationsgrundlage zu haben) könnte wohl noch niemand etwas sagen. Doch daß sich ein „Stadtwerk“ an diesem „Casino-Betrieb“ beteiligt, läßt doch sehr tief blicken. Der „Great Reset“, der Umbau unserer Volkswirtschaften, scheint weiter vorangeschritten zu sein, als mancher noch vermutet. (tb)

## 7 „Großpleiten“ und katastrophale Stimmung im Mittelstand

Während sich die Zahl der Insolvenzen größerer Betriebe im langfristigen Vorjahresvergleich noch in den üblichen Grenzen hält, wird die Stimmung in den mittelständischen und kleineren Betrieben immer verzweifelter. Unter die „größeren“ Insolvenzen der jüngsten Zeit fallen z.B. die Schieflagen des Papierherstellers Hakle, der ehemals russischen Fracht-Fluglinie CargoLogic Germany, des Kranbauers Kocks Ardelt und des Stahlbauunternehmens Reuther STC. Vor allem die beiden letztgenannten Insolvenzen entbehren nicht einer gewissen Tragik: Reuther und Kocks Ardelt sind die fest eingeplanten Lieferungen aus einem ukrainischen Stahlwerk weggebrochen, wobei das Kranbauunternehmen sogar noch über ein bis Ende 2023 prall gefülltes Auftragsbuch verfügte.

Die Preissprünge auf den Energiemärkten und die damit verbundenen Unsicherheiten für die Zukunft haben quer durch alle Betriebsgrößen die Verantwortlichen sehr vorsichtig gemacht. Den bisher üblichen Kauf von Gas- und Stromkontingenten für die Zukunft (was ein wichtiger Teil der Kalkulationsgrundlage war) gibt es praktisch nicht mehr. Entweder sinken die Preise wieder, heißt es oft, oder der Betrieb muß ohnehin schließen. Denn viele Betriebe sehen sich nicht in der Lage, die aktuellen Strom- und Gaspreissteigerungen auch nur ansatzweise an ihre Kunden weiterzugeben. Insbesondere die deutschen Stromsteuern müßten deshalb auf das EU-weite Minimum gesenkt werden, wird oft und immer lauter gefordert.

Hinzu kommen weitere Probleme, die die mittelständischen Betriebe mehr als die „Großen“ treffen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang etwa der sich verschärfende Fachkräftemangel, nicht mehr verlässliche Transportketten und Probleme bei der Beschaffung von Rohstoffen oder Vorprodukten. Viele mittelständische Unternehmer, das ist in Vier-Augen-Gesprächen immer häufiger zu vernehmen, haben in die aktuelle Bundesregierung mit einem früher Kinderbücher schreibenden Wirtschaftsminister keinerlei Vertrauen mehr. Man wirft der Regierung u.a. vor zu verkennen, daß große Teile der deutschen Wirtschaft durchaus noch Corona-geschädigt waren und sind und statt immer neuer Unsicherheiten und Belastungen eigentlich eine Verschnaufpause bräuchten. Statt z.B. in der Frage der Kernkraftwerk-Laufzeitverlängerung taktisch hin und her zu laviere und am Ende einen ungläubwürdigen und faulen Kompromiß zu servieren, hätte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) endlich einmal im Interesse unseres Landes (und nicht ideologiegetrieben) agieren und zu einer klaren Laufzeitverlängerung stehen müssen.

Immer lauter kritisiert wird auch das offenkundige Versagen von Regierung und Verwaltung gleichermaßen, wenn es um Fragen der Entbürokratisierung geht. Hier gibt es, bemängeln viele mittelständische Unternehmer, insbesondere vor Wahlen immer neue Bekenntnisse zum Bürokratieabbau, aber in der Praxis tut sich nur selten etwas. Konkret befragt, sprechen die meisten Kritiker jedenfalls mehr von immer neuen bürokratischen Lasten (z.B. in Form der angeforderten Grundsteuer-Erklärungen), aber nur wenigen tatsächlichen Entlastungen. (tb)

## 8 Wir retten uns zu Tode

Wir leben aktuell natürlich in einer sehr „besonderen“ Zeit, die auch manche direkte Hilfsmaßnahme (z.B. für notleidende Unternehmen) rechtfertigen kann. Gleichwohl fühlt sich der kritische Beobachter immer mehr an die Worte der früheren britischen Premierministerin Margaret Thatcher erinnert, die einmal sagte, daß den staatliche Segnungen verteilenden Sozialisten „irgendwann das Geld der anderen Leute ausgehen“ wird. Und seit den Tagen der „Eisernen Lady“ haben die damit verbundenen Gefahren sogar noch zugenommen, weil aktuell die Europäische Union oder auch die Europäische Zentralbank mit immer neuen „Sondervermögen“ (die tatsächlich Sonderschulden sind) oder mit frisch gedrucktem Geld finanzierten Anleihekäufen zu einer Potenzierung der daraus drohenden Gefahren kräftig beitragen. Irgendwann werden die meisten Geldgeber begriffen haben, daß es mit der Rückzahlung hapern dürfte. Spätestens dann wird es – salopp ausgedrückt – „knallen“.

In diesbezüglich vernünftiger organisierten Gemeinwesen (wozu neben der Schweiz auch – man höre und staune – die USA gehören) gibt es deshalb z.B. ein striktes Verbot der Haftung des Bundesstaates für die Schulden der Länder oder Gemeinden. Wenn einer Stadt dort das Geld ausgeht, kann sie eben nicht zum übergeordneten Finanzminister gehen und um „Rettungsmilliarden“ ersuchen. Der Bürgermeister muß vielmehr zum Insolvenzrichter schreiten und für seine Stadt ein entsprechendes Verfahren beantragen. So, wie es beispielsweise 2013 der früheren Automobilmetropole Detroit widerfuhr.

Im europäischen Wien dachte daran jedenfalls niemand, als dessen Energieversorgungsunternehmen in eine Schieflage geriet. Statt die ausstehenden Gelder durch einen teilweisen Verkauf des durchaus stattlichen Vermögens der Stadt Wien zu finanzieren (neben 220 000 städtischen Wohnungen gibt es noch große Aktienpakete), verließ man sich auf übergeordnete staatliche Hilfe. Wie sollen die Verantwortlichen anderer Städte, fragen viele Kritiker in diesem Zusammenhang, dann noch zu seriösem und eigenverantwortlichem Verhalten angehalten sein? Offenbar muß erst das Geld der von Thatcher angesprochenen „anderen Leute“ vollständig verbubelt sein. So wie es aussieht, und dieser eigentlich dramatische Hinweis gibt gleichzeitig ein wenig Hoffnung, könnte dies recht bald der Fall sein. Dann und erst dann wird es die Chance auf ein breit angelegtes Umdenken geben! (tb)

## 9 Energiepreise steigen seit dem Frühjahr 2021 . . .

Für die aktuell explodierenden Energiepreise wird landläufig vor allem dem Ukraine-Krieg die Schuld gegeben. Tatsächlich reicht die aktuelle Entwicklung bis weit in das Jahr 2021 zurück, während der Ukraine-Krieg bekanntlich erst Ende Februar dieses Jahres ausbrach. Die Energiekosten in den westeuropäischen Industrieländern stiegen nämlich bereits im Jahr 2021 um ein rundes Viertel, um dann nach Ausbruch des Ukraine-Krieges allerdings noch einmal deutlich zuzulegen. Manche Energieexperten führen diese Entwicklung bis auf das Jahr 2015 zurück, als im Zuge der Unterzeichnung und sukzessiven Umsetzung des „Pariser Klimaabkommens“ die 1200 weltweit größten Energiekonzerne ihre Investitionen in die Öl- und Gasförderung bis heute um rund zwei Drittel gekürzt haben. Es kommt, so diese Fachleute sinngemäß, eben zu drastischen Kosten- und Preissteigerungen, wenn immer mehr Energie aus einem zunehmend „ausgehungerten“ System herausgepresst werden muß.

Zur Jahresmitte 2021, so einige weitere Experten, zeigten sich dann bereits die Vorboten der gegenwärtigen und heftigen Energiekrise, als die Preise für Erdgas und CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate innerhalb weniger Monate stark gestiegen waren. Dafür gab und gibt es keinerlei „Kriegsgründe“ und auch die Corona-Beschränkungen dürften – wenn überhaupt – eher preismindernd gewirkt haben. Als es Ende Februar 2022 schließlich zum Ukraine-Krieg kam, lagen deshalb die Anfänge der heutigen Energiekrise schon fast ein Jahr zurück. (tb)

## 10 Investition „in Wind und Sonne“

In der späteren Geschichtsschreibung wird das jetzt noch laufende Jahr 2022 eng mit Begriffen wie „Umbruch“ und „Wandel“ verbunden werden. Dies nicht zuletzt wegen der unübersehbaren Probleme bei der Energieversorgung. Denn ohne an dieser Stelle eine nähere Ursachenforschung betreiben zu wollen, muß festgestellt werden, daß mit einer sicheren Energieversorgung aus dem Ausland immer weniger gerechnet werden darf. An einer Rückbesinnung auf verlässlich verfügbare Energiequellen (z.B. in Form der Kernkraft) dürfte man deshalb auch in Deutschland mittel- bis langfristig kaum umhinkommen.

Wenngleich sie nicht ständig und schon gar nicht planbar zur Verfügung stehen, kommt in diesem Zusammenhang aber auch den sogenannten „erneuerbaren Energien“ (insbesondere Sonne und Wind) eine noch zunehmende Bedeutung zu. Die zugrunde liegende Technik darf inzwischen als „bewährt“ bezeichnet werden, so daß die gängigen Investitionen in diesem Bereich zumindest keinen höheren technischen Risiken mehr unterliegen. Ein uns gut bekannter Anlageberater machte uns deshalb dieser Tage auf den inzwischen 14. Fonds eines Initiators aufmerksam, der sich seit mehr als zwei Jahrzehnten mit Anlagen der Wind- und Solarenergie befasst.

Auch der aktuell aufgelegte Fonds beteiligt sich wie gewohnt an Investmentgesellschaften, die direkt oder indirekt in Energieerzeugungsanlagen im Bereich der „erneuerbaren Energien“ investieren. Mindestens 20 % der Investitionssumme des Fonds sollen dabei in Windenergieanlagen fließen und mindestens 40 % in den Solarbereich. Die Beteiligungsauswahl erfolgt anhand eines seit dem Jahr 2005 aufgebauten Bewertungssystems, das auf den Leistungsdaten von mehr als 450 Energieparks basiert und eine mit Referenzwerten unterlegte Prognose über die zukünftige Entwicklung des jeweiligen Bewertungsobjektes gestattet.

Die Mindestbeteiligungssumme beträgt 10 000 € zzgl. 5 % Agio, der erwartete Kapitalrückfluß vor Steuern wird bei einer Planlaufzeit von 11 Jahren ab Vollinvestition mit rund 158 % angegeben. Für interessierte Leserinnen und Leser stellen wir gerne einen völlig unverbindlichen Kontakt zu einem uns gut bekannten Berater her, der Sie nach Erledigung einiger für Sie völlig kostenloser und unverbindlicher, aber rechtlich erforderlicher Formalitäten über die Einzelheiten dieser Beteiligungsmöglichkeit und die damit verbundenen Chancen und Risiken informieren wird. Bitte, richten Sie Ihren Kontaktwunsch kurz und formlos an die Redaktion der „Vertraulichen“ in D-78266 Büsingen (Tel.: 0 77 34/61 12, Fax: 0 77 34/71 12, E-Mail: [verwaltung@vertrauliche-mitteilungen.de](mailto:verwaltung@vertrauliche-mitteilungen.de)). (tb)

## 11 Für Sie aufgelesen:

„Erkenntnisgewinn ist der einzige Gewinn, den man (noch) nicht versteuern muß.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggmann (tb), Dr. Elke Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettchenhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.